



Ausschuss für Gleichstellung und Frauen

37. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Regina Kopp-Herr (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

3

Der Ausschuss folgt der Bitte von Anja Butschkau (SPD), Tagesordnungspunkt 3 auf die nächste Sitzung zu verschieben, da der von der SPD-Fraktion beantragte Bericht zu kurzfristig vor der Sitzung vorgelegen hat.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

Vorlage 17/3974

hier: **Einzelplan 08**

(ausschließlich gleichstellungsrelevante Kapitel des Einzelplans)

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

- 2 Care-Arbeit in NRW sichtbar machen und besser unterstützen 6**
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8765
- Ausschussprotokoll 17/1088 (Anhörung von Sachverständigen am 20.08.2020)
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von CDU,
FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ab.
- 3 Sachstandsbericht zu der aktuellen Entwicklung von häuslicher Gewalt gegenüber Männern (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage]) 7**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4052
- wird nicht behandelt
- 4 Verschiedenes 8**
- keine Wortbeiträge

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

Vorlage 17/3974

hier: **Einzelplan 08**
(ausschließlich gleichstellungsrelevante Kapitel des Einzelplans)

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/11100 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt, am 07.10.2020)

Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG) berichtet kurz zu den Schwerpunkten des zwischenzeitlich mit Vorlage 17/4232 vorliegenden ausführlichen Einführungsberichts zum Haushalt und kündigt an, dem Ausschuss diesen detaillierten Einführungsbericht zuzuleiten.

Josefine Paul (GRÜNE) erkundigt sich, ob sie es richtig verstanden habe, dass die nicht unerheblichen Aufwüchse im Haushalt aktuell noch nicht mit konkreten Maßnahmen hinterlegt seien, sondern dies erst auf der Grundlage der Bedarfsanalyse erfolgen solle.

Anja Butschkau (SPD) bedankt sich für die zusätzlich in den Haushalt eingestellten Mittel, über die sich ihre Fraktion sehr freue.

Sie bitte um Erläuterung, wie sich die Zusammenführung der Mittel für die Anonyme Spurensicherung und die Frauenberatungsstellen auf die inhaltliche Arbeit der Beratungsstellen auswirke.

Unabhängig von den Investitionen in Höhe von 5 Millionen Euro fließen zusätzlich 550.000 Euro in den Haushalt. Sie interessiere, wie diese Mittel aufgeteilt werden sollten.

Investitionen seien ein richtiger Schritt. Sie bitte um Auskunft, was aus diesen 5 Millionen Euro gefördert werden könne und in welcher Höhe dann Eigenmittel auf die Träger zukämen.

Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG) legt dar, die Summen der Titelgruppe 61 sollten wirklich als Summen verstanden werden.

Auch die 5 Millionen Euro, die dort derzeit etatisiert seien, könnten konsumtiv – also für laufende Ausgaben – Verwendung finden.

Das sei entscheidend, weil man sich gerade in der Vorbereitung dessen befinde, was man dem Ausschuss zum Ausbau der Frauenunterstützungsinfrastruktur und zum Gesamtdenken des Opferschutzes noch in diesem Jahr zugänglich machen wolle, damit man sich darüber austauschen könne, ob die Schwerpunkte auch aus Sicht des Parlaments richtig gesetzt seien und das System langfristig tragfähig sei.

Deswegen seien diese 5,75 Millionen Euro flexibel zu denken. Denn bestimmte Maßnahmen würden zu laufenden Betriebskosten führen.

An dieser Stelle lasse sich also noch nicht fix sagen, das sei rein investiv, denn ein großer Teil davon werde für laufende Betriebskosten zur Verwendung kommen, um bei der Finanzierung auch eine höhere Absicherung zu erreichen, als das unter Umständen heute der Fall sei.

Viele Einrichtungsträger hätten den Tarifvertrag für Erzieher und Sozialberufe übernommen, der auch mit Steigerungen verbunden sei. Alle hätten ein Interesse daran, tarifizierte Verträge auch zu finanzieren, was Herausforderungen mit sich bringe. Zugleich dürfe und müsse sie mit den Kommunen in eine Abstimmung kommen, wer welche Anteile trage.

Außerdem seien die Zuschüsse sowohl für die Frauenhäuser als auch für die Frauenberatungsstellen in den vergangenen Jahren dynamisiert worden. Das heiße, ein Teil dieser Mittel fließe im kommenden Jahr auch in diese Dynamisierung. Damit werde versucht, die Kostenschere, die über viele Jahre aufgetreten sei, zumindest im Griff zu behalten, bis man eine neue Finanzierungskonzeption und/oder die Ausgestaltung des Unterstützungssystems für die weitere Zukunft habe.